

Pfalz, Evangelische Kirche der Pfalz, Landessynode, Resolution "Frieden stiften", 1989

Resolution

Als Evangelische Kirche der Pfalz (Protestantische Landeskirche) bringen wir in den ökumenischen Prozeß für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung die Fragen und Probleme ein, die sich aus der militärischen Belastung unserer Region ergeben. Durch die weltweit dichteste Konzentration von Vernichtungspotential (Giftgas, atomare Waffen, Raketen, Munitionsdepots u.a.) sind Menschen und Natur einer ständigen Bedrohung ausgesetzt.

Als Christen, die wir täglich mit der Situation „Waffenlager Pfalz“ konfrontiert sind, sind wir berufen, Jesu Wort ernst zu nehmen: „Selig sind, die Frieden stiften“ (Math. 5,9).

Wir sehen uns verpflichtet:

- für gerechte und friedliche Beziehungen unter den Menschen entschieden einzutreten,
- die Schöpfung zu bewahren,
- Verantwortung wahrzunehmen für diejenigen, die keine Stimme haben, für uns selbst und für kommende Generationen.

Wir bekräftigen: Der Friede Gottes (Shalom) ist unteilbar. Die Feindesliebe ist Ernstfall der Liebe.

1. Militärpräsenz abbauen - Arbeitsplätze schaffen

Wir stellen fest, daß Militärpräsenz und Rüstung zu einem gewichtigen Wirtschaftsfaktor der Region geworden sind; zahlreiche Menschen arbeiten in diesen Einrichtungen. Arbeitsplätze und Nutzungsflächen werden einseitig gebunden. Dies schränkt außermilitärische Nutzungsmöglichkeiten ein.

Wir fordern:

- In verstärktem Maße Rüstungskapazitäten zugunsten ziviler Aufgaben abzubauen.
- Alle Personen, Gruppen und Initiativen zu ermutigen und zu unterstützen, die das Ziel verfolgen, militärische Arbeitsplätze umzuwandeln und neue zivile Arbeitsplätze zu schaffen.

2. Sicherheitspartnerschaft stärken

Wir stellen fest, daß das Sicherheitsbedürfnis in unserer Zeit zur Strategie der Abschreckung geführt hat. Dies hat ein ständiges Rüsten, Nachrüsten und Modernisieren der Waffenarsenale zur Folge. Davon sind wir in der Pfalz besonders betroffen.

Wir fordern:

- Die Strategie der Abschreckung durch eine weltweite Sicherheitspartnerschaft zu ersetzen.
- Die militärische Konzeption der NATO zu hinterfragen und sich am Ziel eines weltweiten Friedens zu orientieren.
- Die Bundesregierung bei ihren Bemühungen zu unterstützen, die Modernisierung der Lance-Raketen zurückzustellen.
- Alle Massenvernichtungswaffen mittelfristig abzuschaffen.

3. Ängste beseitigen

Wir stellen fest, daß sich in der Bevölkerung Ängste und Resignation ausbreiten. Es verstärkt sich das Gefühl, unzureichend informiert zu sein und der Entwicklung machtlos gegenüber zu stehen.

Wir fordern:

- Die Befürchtungen und Ängste in der Bevölkerung politisch ernst zu nehmen. Dazu ist eine offene und vollständige Information notwendig.

4. Chemische Waffen vernichten

Wir stellen fest, daß der Einsatz von chemischen Waffen (C-Waffen) völkerrechtlich untersagt ist. Es gibt keinen Grund mehr, solche Systeme zu entwickeln, zu produzieren und zu lagern.

Wir fordern:

- Lückenlose Aufklärung darüber, wo in unserem Gebiet chemische Waffen bereitgehalten werden (in den USA veröffentlicht man Standorte derartiger Depots).
- Den unmittelbaren Abzug dieser Systeme und ihre Vernichtung, wie es bereits von der Regierung der USA angekündigt wurde. Dies muß mit besonderer Sorgfalt geschehen. Ein Konzept für die Entsorgung ist unbedingt erforderlich und zu entwickeln.
- Die abgezogenen und vernichteten Kampfstoffe nicht durch neue modernere zu ersetzen (z.B. durch binäre Systeme). Wir warnen vor der Entwicklung von biologischen Waffen (B-Waffen) und halten Forschung auf diesem Gebiet für unverantwortbar.

5. Tiefflüge einstellen

Wir stellen fest, daß die Bevölkerung unseres Landes durch militärischen Flugbetrieb unzumutbar stark belastet ist.

- Wir fordern die Einstellung aller Tiefflugübungen über der Bundesrepublik Deutschland.
- Wir fordern auch, sie nicht in andere Zonen der Erde zu verlagern. Dies entspricht unserer Verpflichtung zur Bewahrung der ganzen Schöpfung.

Wir rufen auf

Als Mitglieder der Landessynode rufen wir unsere Gemeinden auf: Betet für den Frieden und die politisch Verantwortlichen! Führt Gespräche mit allen Vertretern des öffentlichen Lebens und des Militärs mit dem Ziel, die Bedrohung unseres Lebensraumes durch Waffen zu verringern und aufzuheben.

Wir rufen auf zur Solidarität mit all denen, die unter dem „Waffenlager Pfalz“ zu leiden haben!

Wir rufen auf, bestehende Feindbilder abzubauen und keine neuen zu schaffen!

Wir rufen auf, alles zu tun, um die Einheit von Mensch und Natur wieder herzustellen, und zu bekennen, daß der Friede Gottes die Versöhnung der Menschen untereinander und die Bewahrung der Natur durch den Menschen einschließt.

Speyer, den 27. April 1989
Evangelische Kirche der Pfalz
Landessynode April 1989